

Bericht zur Wintersession 2024

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen
Datum: 11.12.2024

Sitzungszeiten (Grundlage als FDP-Vertreter und ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DO	21.11.2024	Fraktion	4.75
FR	22.11.2024	Fraktion	2.50
MO	25.11.2024	Fraktion	2.00
MO	25.11.2024	Grossrat-Parlament	3.00
DI	26.11.2024	Grossrat-Parlament	5.75
MI	27.11.2024	Grossrat-Parlament	7.75
DO	28.11.2024	Grossrat-Parlament	5.25
MO	02.12.2024	Fraktion	3.00
MO	02.12.2024	Grossrat-Parlament	3.00
DI	03.12.2024	Grossrat-Parlament	7.75
MI	04.12.2024	Grossrat-Parlament	5.75
DO	05.12.2024	Grossrat-Parlament	5.25
Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)			55.75

Einige Statistiken zur Session

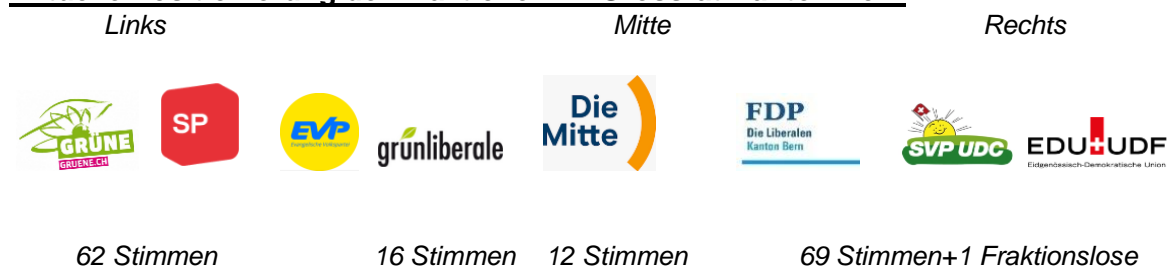
Anzahl Ordnungsanträge	4	Anzahl Traktanden Verhandlung	85
Anzahl Anträge, Planungserklärung	67	Total Traktanden (inkl. IP)	115
		Anzahl Vereidigungen	5
Anzahl Stichentscheide GR-Präsident	1	Anzahl Wahlen (inkl. Justizneuwahlen)	12
Anzahl Abstimmungen	214	Davon FDP-Likes 😊 (Abst.-Gewinne)	202
Anzahl Freie Debatten	51	Anzahl Reduzierte Debatten	34
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	12
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	19	In die nächste Session verschoben	2

Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen

Fraktionen								
Sitze	18	44	34	19	12	16	9	7

Total der Sitze: 160 (davon 1 Fraktionslose)

Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossrat Kanton Bern

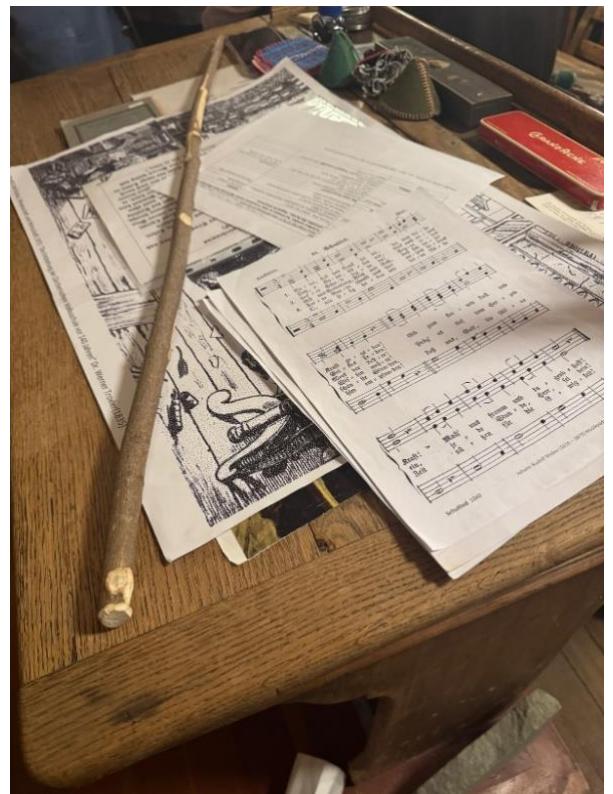


Fraktionssitzung

Am Donnerstag traf sich unsere Fraktion in der idyllischen Umgebung des Gerzensees zur Fraktionssitzung. Der Tag begann vielversprechend: Wir begrüßten den frisch gefallenen Schnee mit kindlicher Winterfreude - die einen freuten sich aufs Skifahren, die anderen aufs Schneemannbauen. Die Sitzung verlief wie geplant und endete pünktlich am Nachmittag. Doch Mutter Natur hatte andere Pläne: Der Schnee, den wir am Morgen noch so romantisch fanden, machte die Heimfahrt zu einem Abenteuer der besonderen Art. Einige Gruppenmitglieder brauchten über fünf Stunden, um den Weg nach Hause zu finden - das entspricht fast einer Fahrt nach Mailand, nur ohne Espresso und Dolce Vita. Die Folgen liessen nicht lange auf sich warten: Am nächsten Tag blieben bei der Fraktionssitzung leider einige Plätze leer. Die Abwesenheiten waren allerdings verständlich - nach einer solchen Schneetour ist mancher wohl eher reif für den Après-Ski als für die nächste politische Debatte.

Treffen der ehemaligen Grossratspräsidentinnen und Grossratspräsidenten

Als ehemaliger Grossratspräsident darf ich regelmässig an den Treffen der ehemaligen Grossratspräsidentinnen und Grossratspräsidenten teilnehmen. Dies ist ein ganz besonderer Anlass, zu dem die amtierende Grossratspräsidentin oder der amtierende Grossratspräsident die „Ehemaligen“ in ihre Wohngemeinde einlädt. Diesmal führte uns die Reise nach Köniz, wo wir das Schulmuseum besuchten. Dort durften wir uns auf die Schulbänke von 1920 setzen - eine Zeitreise inklusive strenger Lehrerin, Holzpulten und dem obligatorischen Blick auf den Rohrstock, der unmissverständlich klarmachte, wer hier das Sagen hat. Wir übten uns in alter Handschrift und mussten sogar ein Gedicht auswendig lernen. Eine Herausforderung, die einige von uns kurzfristig an unsere „Parlamentsdisziplin“ erinnerte. Der gelungene Abend endete mit einem gemeinsamen Abendessen. Dabei wurde - wie könnte es anders sein - eifrig gerätselt, wer von uns wohl das schwierigste Parlament zu führen hatte. Die Meinungen gingen wie immer auseinander, aber eines ist klar: Ein bisschen Disziplin aus der Schulzeit hätte manchem Ratsmitglied sicher nicht geschadet!



Wahlen in die richterlichen Behörden

Der Grosse Rat hat in dieser Session eine neue Generalstaatsanwältin gewählt. Zudem wurden ein neuer Obergerichtspräsident, eine neue Oberrichterin und ein neuer Verwaltungsrichter gewählt. Die neue Generalstaatsanwältin heisst Annatina Schultz (SP). Sie tritt die Nachfolge von Michel-André Fels (FDP) an. Neuer Verwaltungsrichter ist Res Nyffenegger (FDP).



Die Medikamentenabgabe durch Arztpraxen hat im Vorfeld für Diskussionen gesorgt.

Derzeit dürfen nur Ärztinnen und Ärzte in Orten, in denen die Notfallversorgung mit Arzneimitteln nicht durch mindestens zwei öffentliche Apotheken sichergestellt ist, eine Privatapotheke betreiben. Dazu benötigen sie eine Bewilligung. Diese Regelung gilt seit 1984. Eine Motion verlangte die Abschaffung der Selbstdispensation bei der Medikamentenabgabe. Diese überparteiliche Forderung führte dazu, dass alle Mitglieder des Parlaments von Apotheken und Arztpraxen mit Briefen, Betriebsbesuchen und Telefonanrufen überhäuft wurden. Umso erstaunter waren wir, als der Vorstoss kurz vor der Debatte zurückgezogen und ein neuer, angepasster Vorstoss eingereicht wurde.

Sessionsbeschlüsse

Das Sessionsprogramm und Beschlüsse sowie das Videoarchiv sämtlicher Voten der vergangene Sommersession, findet man mit dem folgenden Link:

<https://www.gr.be.ch/de/start/sessionen/wintersession-2024/sessionsprogramm.html>

Bemerkungen zu einigen ausgewählten Traktanden

Quelle einzelner Textinhalte: Grossrats-Webseite Kanton Bern

Hier eine Zusammenfassung der Entscheidungen im Telegrammstil:

Der Grossrat hat....

- sich mit 108 zu 28 Stimmen bei 19 Enthaltungen gegen die Aufhebung der Immunität von Regierungsrat Pierre Alain Schnegg ausgesprochen. Die Berner Staatsanwaltschaft hatte die Aufhebung der Immunität Schneggs beantragt. Grund war eine Strafanzeige gegen Schnegg nach einem Interview.
- in zweiter Lesung das Gesetz über die politischen Rechte geändert. 80 Abgeordnete stimmten für das Gesetz, 65 dagegen. Vier enthielten sich der Stimme. Abstimmungen und Wahlen sollen im Kanton Bern künftig transparenter werden. Das Gesetz wird Ende März 2025 in Kraft treten. Die FDP konnte eine Sunset-Klausel durchsetzen. Damit tritt das Gesetz automatisch ausser Kraft, wenn es das künftige Parlament im Jahr 2032 nicht wieder in Kraft setzt.
- beschlossen, dass die französischsprachige Minderheit des Wahlkreises Biel-Seeland wahrscheinlich einen zusätzlichen Sitz im Grossen Rat erhält. Das Kantonsparlament nahm in zweiter Lesung eine entsprechende Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte mit 113 zu 29 Stimmen bei drei Enthaltungen an.
- mit 61 zu 83 Stimmen bei neun Enthaltungen eine Motion von einigen SVP-, FDP- und EDU-Grossrätinnen und -Grossräten abgelehnt. Die Motionäre wollten Ausdrücke wie "kostenlos", "unentgeltlich" oder "gratis" in zukünftigen Gesetzestexten durch "aus Steuergeldern finanziert" ersetzen.
- mit 86 Ja- zu 50 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen einen Vorstoss von Nils Fiechter (SVP) abgelehnt. Die Motion forderte, die Mindestzahlen für Unterschriften zu Initiativen, Referenden und Volksvorschlägen im Kanton Bern zu senken.
- einen überparteilichen Vorstoss von Patrick Freudiger (SVP) mit 129 Ja- zu 17 Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen angenommen. Die Motion verlangte, dass Polizistinnen und Polizisten künftig ein Amt im Grossen Rat annehmen und ausüben dürfen.
- mit 92 zu 56 Stimmen bei einer Enthaltung entschieden, dass Jugendliche im Kanton Bern zum 18. Geburtstag auch künftig kein Gratis-Zeitungsabonnement erhalten.

- eine Motion von Adrian Spahr (SVP) angenommen, welche den Kanton aufforderte, an seiner bisherigen "Fahrendenpolitik" bezüglich Spontanhalten festzuhalten.
- beschlossen, beim kantonalen Richtplan verstärkt mitzubestimmen. Das Kantonsparlament wird Anpassungen und Fortschreibungen des Richtplans künftig beraten und genehmigen können.
- beschlossen, dass die Baubewilligungssoftware eBau benutzungsfreundlicher und um KI-Funktionen erweitert werden soll.
- den Kanton beauftragt zu prüfen, wie die regionale Biodiversitätsplanung im Siedlungsgebiet gefördert werden kann. Ein entsprechendes Postulat wurde mit 109 Ja- zu 36 Nein-Stimmen angenommen.
- einen Kredit von 17,955 Millionen Franken für Neu- und Umbauten auf dem Tierspital-Areal in der Stadt Bern bewilligt.
- einen Zusatzkredit für den Berner Fachhochschulcampus einen Zusatzkredit von 44,2 Millionen Franken bewilligt.
- einstimmig einen Kredit von 29,7 Millionen Franken für die Sanierung des Gymnasiums Langenthal bewilligt. Zum Bildungszentrum gehören das Gymnasium Oberaargau und die Berufsfachschule. Mit über 260 Lehrpersonen und mehr als 3'000 Lernenden ist es die grösste Schulorganisation im Oberaargau.
- beschlossen, dass der Kanton Bern die Planung von neuen Tempo-30-Zonen auf verkehrsorientierten Strassen vorerst stoppen soll. Der Grosse Rat hat einen entsprechenden Vorstoss von Samuel Krähenbühl (SVP) überwiesen. Die praktischen Auswirkungen des Moratoriums sind allerdings unklar.
- einen Kredit genehmigt, damit die Polizeiwache Aarberg, die Mobile Polizei Seeland und der Unfalltechnische Dienst können im Aarberger "Leimere Park" zusammengeführt werden kann.
- eine Motion von David Stampfli (SP) und Mitunterzeichnerinnen aus den Reihen von EVP und Grünen abgelehnt. Diese verlangte einen kostenlosen öffentlichen Verkehr im Kanton für Kinder und Jugendliche. Er wolle dieses Geld lieber in den Ausbau des ÖV stecken, befand Peter Haudenschild namens der FDP-Fraktion.
- beschlossen dass bernische Gemeinden künftig selbständig über die Einrichtung von Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen entscheiden können. Mit 108 zu 30 Stimmen hat der Grosse Rat eine entsprechende Motion überwiesen.
- einen entsprechenden Kredit über vier Millionen Franken angenommen, damit der Kanton Bern die Weiterentwicklung des elektronischen Patientendossiers unterstützt.
- einen jährlichen Beitrag von 1,477 Millionen Franken zur Bewirtschaftung von sechs Forstrevieren bewilligt.
- hat einen Vorstoss angenommen, wegen dem im Kanton Bern künftig leicht angepasste Regeln für Mehrweggeschirr an Anlässen gelten sollen. Künftig müssen öffentliche

Veranstaltungen erst ab einer Grösse von 2'000 Personen Mehrweggeschirr einsetzen. Bislang war das ab einem Publikum von 1'000 Personen der Fall. Ebenfalls beschloss der Rat, dass künftig bei öffentlichen Anlässen mit weniger als 2'000 Personen das Regierungsstatthalteramt vorschreiben kann, welche Art von Einweggeschirr verwendet werden muss.

- beschlossen, die Studiengebühren für ausländische Studierende zu verdreifachen. Für inländische Studierende steigt die Gebühr von 750 auf 850 Franken. Mit dieser Massnahme sollen die Studierenden einen Beitrag an die steigenden Kosten leisten. Die Erhöhung der Gebühren sei moderat und verkraftbar, hiess es im bürgerlich dominierten Grosse Rat.
- zu Beginn der Investitionspriorisierungs-Debatte gleich einen Pflock eingeschlagen und die maximale Neuverschuldung bis 2031 auf rund 550 Millionen Franken begrenzt. Deswegen hat der bernische Grosse Rat bei den Investitionsvorhaben des Kantons den Rotstift angesetzt. So mussten zum Teil weit fortgeschrittene und breit abgestützte Projekte über die Klinge springen. Den wohl schmerzhaftesten Entscheid traf die Stadt Burgdorf. Mit 77 zu 74 Stimmen bei 4 Enthaltungen sprach sich der Grosse Rat gegen den Umzug der Technischen Fachschule von Bern nach Burgdorf aus, welche aber Mehrkosten von über 100 Mio betragen hätte, als am aktuellen Standort. Ebenfalls wurde der Beitrag des Kantons an die Sanierung des Berner "Fischerhätteli"-Trams gestrichen.
- beschloss, auf den Neubau eines Justiz- und Polizeizentrums in Reconvilier zu verzichten. Dort hätten Verwaltungseinheiten, die heute noch in Moutier angesiedelt sind, hinziehen sollen.
- einen Vorstoss überwiesen, der vom Kanton mehr geschützte Unterkünfte für gewaltbetroffene Frauen und Kinder sowie bessere Anschlusslösungen an einen Aufenthalt in einem Frauenhaus fordert. Doch was davon umgesetzt wird, ist offen.
- hat das Budget 2025 sowie den Aufgaben- und Finanzplan für die kommenden Jahre mit 101 zu 48 Stimmen bei zwei Enthaltungen verabschiedet.

Dieses rechnet nach der intensiven Budgetdebatte mit einem Überschuss von 242,4 Millionen Franken. Darin nicht eingerechnet sind allfällige Gewinnausschüttungen der Nationalbank an die Kantone. Für die kommenden Jahre rechnet der Kanton Bern ebenfalls mit Überschüssen. Bis 2028 sollen Schulden von insgesamt 342 Millionen Franken abgebaut werden. Doch der Kanton wird sein Geld noch brauchen können: Eine grosse Investitionsbugwelle wird nämlich nur aufgeschoben: Denn bis 2033 müssen mehrere grosse Investitionsprojekte finanziert werden, etwa eine Strassenumfahrung im Oberaargau oder die beiden Fachhochschulcampus in Bern und Biel. Ebenfalls braucht der Kanton evtl. noch Reserven, falls die Gesundheitsbetriebe Liquiditätsprobleme bekommen.

- eine Planungserklärung der Finanzkommission mit 96 zu 49 Stimmen bei zwei Enthaltungen überwiesen, beim Neubau- und Sanierungsprojekt des Berner Kunstmuseums nicht die ganzen Teuerungskosten stemmen will.
- einen Vorstoss zur Förderung regionaler Sportanlagenkonzepte überwiesen. Der Kanton soll unter anderem die Voraussetzungen prüfen, um höhere Staatsbeiträge an Planung, Bau und Sanierung von wichtigen Anlagen zu bezahlen. Ausserdem soll geprüft werden, ob auch Beiträge für den Betrieb gesprochen werden könnten.

- ein Postulat für einen Aktionsplan gegen Antisemitismus in allen Punkten überwiesen und teilweise als erledigt abgeschrieben.
- das Gesetz über Informations- und Cybersicherheit in erster Lesung einstimmig mit 148 Stimmen angenommen. Verschiedene Artikel wurden für die zweite Lesung zur Überarbeitung in die Kommission zurückgewiesen.
- einen Rahmenkredit von 120,5 Millionen Franken gesprochen für die ICT-Grundversorgung der Kantonsverwaltung. Der Rat sagte mit 134 zu 1 Stimme bei einer Enthaltung Ja.
- einen Vorstoss einstimmig mit 150 Stimmen überwiesen, der einen Marschhalt bei der Ausschreibung der Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe fordert.
- eine Richtlinienmotion überwiesen, die von der Regierung mehr geschützte Unterkünfte für gewaltbetroffene Frauen und Kinder sowie bessere Anschlusslösungen an einen Aufenthalt in einem Frauenhaus fordert. Der Rat stimmte mit 105 zu 58 Stimmen bei neun Enthaltungen zu.
- zwei Vorstösse verworfen, die die Ausweitung der Erbschafts- und Schenkungssteuer auf direkte Nachkommen forderte. Die erste Forderung aus SP-Reihen verwarf der Rat mit 85 zu 60 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Ein ähnlicher überparteilicher Vorstoss der GLP, welcher auch von einzelnen bürgerlichen Grossrätinnen und Grossräte mitunterzeichnet wurden, mit 77 zu 67 Stimmen bei drei Enthaltungen knapp angelehnt.
- ein Postulat mit 122 zu 9 Stimmen bei 13 Enthaltungen abgelehnt, das einen Bericht forderte zu negativen Auswirkungen der nationalen Erbschaftssteuer auf Familienunternehmen im Kanton Bern.
- drei Postulate verworfen, die vom Kanton eine Bitcoin-Strategie forderten.
- ein Postulat angenommen, das vom Kanton verlangte zu prüfen, wie mehr Gerechtigkeit für Geschiedene und verwitwete Mitarbeitende bei den Pensionskassen zu erreichen sei. Der Vorstoss wurde mit 140 zu 1 Stimme überwiesen.
- eine Richtlinienmotion mit 79 zu 52 Stimmen bei vier Enthaltungen überwiesen, die den Regierungsrat beauftragt, der Lohnschere entgegenzuwirken, indem er Modelle entwickelt, um die Teuerung differenziert ausbezahlen zu können. Ziel ist, dass die hohen Löhne nicht immer schneller steigen als die tiefsten.

Sessionsfazit

Ein Blick auf die Abstimmungserfolge zeigt, dass wir erneut ein sehr gutes Resultat erzielt haben und mit dem Erreichten zufrieden sein dürfen. Dennoch wird immer deutlicher, dass die Mehrheiten zunehmend knapper werden. Es reicht oft schon, wenn eine einzige bürgerliche Stimme fehlt oder abweicht, um die scheinbare bürgerliche Dominanz ins Wanken zu bringen. Diese Dynamik wird zusätzlich verstärkt, da die GLP in den letzten Sessionen eine beachtliche Linkskurve hingelegt hat. Das macht die Aufgabe, stabile Mehrheiten zu sichern, zu einem politischen Drahtseilakt. Doch trotz dieser Herausforderungen bleibt unser Fokus klar: Wir arbeiten hart daran, die bürgerliche Stimme stark und verlässlich einzubringen.

Meine Neujahrs-Wünsche für den Kanton Bern

Die Schweiz und der Kanton Bern stehen vor einem neuen Jahr voller Chancen und Herausforderungen. Als liberaler Politiker der FDP sehe ich eine zentrale Aufgabe, die uns alle betrifft: den Schutz unserer Freiheit - dem höchsten Gut unserer Gesellschaft.

Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie verschwindet selten mit einem Schlag, sondern stirbt leise, Stück für Stück. Es sind die kleinen, oft unscheinbaren Eingriffe, die unsere freie Gesellschaft langsam aushöhlen. Seien es gut gemeinte staatliche Massnahmen oder moralisch aufgeladene Schlagworte wie Klima, Energiewende oder Genderpolitik - immer schneller wird nach dem Staat gerufen, um Probleme zu lösen, dessen Lösung oft bei uns selbst beginnen müssten.

Gerade der Kanton Bern mit seiner reichen Tradition der Mitbestimmung und Eigenverantwortung steht für diese Werte. Ob in der Wirtschaft, in der Landwirtschaft oder in der Gesellschaft - Bern lebt von seinen kreativen und selbständigen Menschen. Doch auch hier erleben wir zunehmend, wie neue Gesetze und Verordnungen die persönliche Freiheit einschränken und Eigeninitiative erschweren. Das betrifft Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen, die mit einer überbordenden Bürokratie zu kämpfen haben.

Dabei hat die Schweiz - und insbesondere der Kanton Bern - eine lange Tradition der Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. Genau diese Werte gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln. Denn wahre Freiheit bedeutet, Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen. Sie verlangt, dass der Staat nicht bevormundend eingreift, sondern lediglich den Rahmen für ein eigenverantwortliches und erfülltes Leben setzt.

Jede neue Regulierung, jedes zusätzliche Gesetz mag im ersten Moment gut klingen, doch es lohnt sich, innezuhalten: Dient diese Massnahme wirklich dem Schutz unserer Gesellschaft, oder nimmt sie uns Freiheiten, die uns als mündige Bürger zustehen? Diese Wachsamkeit müssen wir im Jahr 2025 und darüber hinaus bewahren.

Für die Schweiz und den Kanton Bern wünsche ich mir, dass wir als Gesellschaft weiterhin die Freiheit des Einzelnen in den Mittelpunkt stellen. Solidarität darf nicht bedeuten, die Verantwortung pauschal auf den Staat abzuwälzen. Sie beginnt bei jedem Einzelnen. Lassen wir uns nicht von einer Kultur der Bevormundung und Überregulierung leiten, sondern vom Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und in die Eigenverantwortung unserer Mitmenschen.

Die Schweiz und der Kanton Bern können nur frei, offen und innovativ bleiben, wenn wir die Werte der Freiheit und Selbstbestimmung entschlossen verteidigen. Arbeiten wir 2025 gemeinsam daran.

Für Fragen oder Anregungen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung. Ich bedanke mich für das Interesse meiner Sessionsberichte. Ebenfalls möchte ich meinen Fraktionsmitgliedern und dem FDP-Generalsekretariat für das Vertrauen und Zusammenarbeit bedanken. Ich wünsche Ihnen frohe Adventstage und Feiertage und alles Gute für das neue Jahr.

Carlos Reinhard, Thun
carlos.reinhard@gr-gc.be.ch